

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Brandenburg 2024

Das Dokument stellt zum Zwecke des Vergleich die Antworten zusammen, die zu den Fragen von den jeweiligen Parteien eingegangen sind.

Frage 1: In welcher Höhe beabsichtigt die ___ in der kommenden Wahlperiode den jährlichen Aufwuchs an Grundmitteln für die Hochschulen (sog. Treppe) sicherzustellen?

SPD

Antwort: Unsere Hochschulen sind Garanten für ein zukunftsfähiges Brandenburg. In den vergangenen Jahren haben wir unsere finanzielle Unterstützung stetig hochgefahren und stellen so viel Geld bereit, wie nie zuvor. Wir werden den erfolgreichen Weg des Ausbaus der Hochschulfinanzierung fortsetzen und jedes Jahr zusätzlich 5 Millionen Euro für die Grundhaushalte zur Verfügung stellen. Dadurch geben wir unseren Hochschulen Planungssicherheit und Stabilität. Dieses Ziel werden wir auch in Koalitionsverhandlungen einbringen, um es politisch zu priorisieren.

CDU

Die Hochschultreppe ist ein elementarer Baustein für eine zukunftsfähige und innovative Hochschullandschaft in Brandenburg. In der vergangenen Legislatur haben wir einen Zuwachs von jährlich 5 Mio. Euro ermöglicht. An dieser jährlichen Erhöhung des Grundhaushaltes für Hochschulen möchten wir festhalten. Ergänzend will die CDU Brandenburg das Hochschulentwicklungspläne nur noch Zuschuss- sowie Zielvereinbarungen enthalten sollen und keine Detailsteuerung durch das Ministerium.

Bü90 / Grüne

Wir werden die Bedingungen für das Studium in Brandenburg sowie für erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter verbessern. Dazu möchten wir an der Hochschultreppe festhalten und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter erhöhen. Dabei sollen mehr Mittel insbesondere für eine bessere Personalausstattung mit unbefristeten Stellen genutzt werden. Großer Finanzierungsbedarf ergibt sich auch im Hochschulbau und für Studierendenwohnheime und Mensen. Wir wollen deshalb ein Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke auflegen.

Linke

Ziel der Hochschulfinanzierung durch die öffentliche Hand muss eine auskömmliche Grundausstattung der Hochschulen sein. Davon sind wir in Deutschland in allen Bundesländern weit entfernt. Die Fortführung der sog. „Hochschultreppe“ ist daher zwar ein wichtiger, aber zu kleiner Schritt. Mindestens aufgrund der Inflations- und Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen, aber auch der in den letzten Jahren gestiegenen Erwartungen und Aufgabenbereiche der Hochschulen muss die „Hochschultreppe“ auf den Prüfstand gestellt und in ihrer Höhe angepasst werden. Das geht allerdings nur im engen Austausch mit den Hochschulen des Landes über ihre Bedarfe. Diese variieren von Hochschule zu Hochschule, sodass wir keine konkrete Summe festschreiben wollen.

FDP

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass die Forschungskomponente als Teil der Grundfinanzierung an Hochschulen stärker berücksichtigt wird. Außerdem werden wir die Ausgaben für Forschung kontinuierlich steigern. Die dabei relevante Messgröße ist keine feste, pauschale Summe, sondern die Relation zur Zahl der Forschenden im Land Brandenburg.

BVB / Freie Wähler

Wir treten dafür ein, die sogenannte „Hochschultreppe“ mit einer jährlichen Finanzierung von 5 Millionen Euro fortzuführen, um das Niveau unserer Universitäten und Hochschulen auch in Zukunft zu erhalten und auszubauen.

Frage 2: Was will die ___ tun, dass entsprechend der Zweckbestimmung des Zukunftsvertrages (§ 1 Abs. 2) aus den Zuwendungen des Bundes und Landes mehr dauerhafte Beschäftigung an den Hochschulen entsteht?

SPD

Das Land Brandenburg und der Bund haben im Rahmen des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“ vereinbart, die Hochschulen finanziell zu unterstützen. Seit 2021 stellt das Land 10 Millionen Euro bereit und die Summe ist auf 35 Millionen Euro angewachsen. Der Bund stellt Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung. Mit dem Zukunftsvertrag verpflichten sich Brandenburg und der Bund dazu, die Zahl unbefristeter Stellen an den Hochschulen zu erhöhen. Die SPD setzt sich weiterhin aktiv für die Stärkung der Hochschulen und die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen ein.

CDU

Nach wie vor unterstützen wir das Ziel des Zukunftsvertrages, eine flächendeckend hohe Qualität von Studium und Lehre, gute Studienbedingungen in der Breite der deutschen Hochschullandschaft sowie den bedarfsgerechten Erhalt der Studienkapazitäten in Deutschland zu gewährleisten, um langfristig ausreichend akademische Fachkräfte für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden. Die CDU Brandenburg achtet die Hochschulautonomie, begrüßt jedoch auch die transparente Erstellung eines Dauerstellenkonzeptes in Absprache mit den Personalräten und im Interesse aller Beteiligten.

Bü90/ Grüne

Das große Teile der Dozierenden und Wissenschaftler*innen im akademischen Mittelbau weiterhin unter prekären Bedingungen arbeiten und sich von Vertrag zu Vertrag hangeln, ist weder gut für die Forschung noch für die Lernbedingungen von Studierenden. Bund und Land geben im Rahmen des Zukunftsvertrages z. Zt. jährlich zusammen rd. 70 Mio. € an die Brandenburger Hochschulen, um die Zahl unbefristeter Stellen an den Hochschulen zu erhöhen. Brandenburg hat sich somit zur Finanzierung von mehr Dauerstellen verpflichtet! Die Umsetzung kann aktuell jedoch nicht transparent nachvollzogen und überprüft werden, dies wollen wir ändern. Auch bei der Zielerreichung sehen wir noch deutlich Luft nach oben. Wir setzen uns für mehr unbefristete Stellen beim wissenschaftlichen Personal, weniger Ausschlüsse im Personalvertretungsgesetz und mehr Mitbestimmung durch Beschäftigte ein.

Aufbauend auf den Ergebnissen des Dialogprozesses „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ hat die Koalition mit § 54 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes die Hochschulen verpflichtet, in einem transparenten Prozess unter Beteiligung der zuständigen Personalvertretungen Dauerstellenkonzepte für die Beschäftigung von Akademischen Beschäftigten zu erstellen.

Linke

Der erste Schritt hierzu ist Transparenz. Weder ist für die Landtagsabgeordneten im Landeshaushalt, noch für die Senatsmitglieder im Haushalt der Hochschulen nachvollziehbar, ob und wie konkret die durch den Bund zur Verfügung gestellten Mittel zum Zweck der Schaffung dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen genutzt werden. Eine entsprechende Verpflichtung haben wir bei der Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in der 7. Wahlperiode beantragt, sie wurde jedoch abgelehnt (Drucksache 7/9416). Wir werden jedoch auch ohne gesetzliche Regelung im BbgHG weiterhin Transparenz einfordern – mit Hilfe Kleiner Anfragen oder bei den Haushaltsverhandlungen. Darüber hinaus müssen die Hochschulen stärker zur Entfristung von Beschäftigung verpflichtet werden. Auch für eine feste Quote für unbefristete Arbeitsverhältnisse haben wir uns im Hochschulgesetz eingesetzt. Im Zuge der Aushandlungen der Hochschulverträge muss darauf hingewirkt werden, dass die Quotenregelungen verbindlich umgesetzt werden.

FDP

Da es notwendig ist, dass das Land Brandenburg seinen Bedarf an Fachkräften selbst deckt, werden die Freien Demokraten die Anzahl des Lehrpersonals an den Hochschulen vor allem in den Bereichen Medizin, Pharmazie, Polizeidienst, IT, Lehramt, und Ingenieurwesen neu ausrichten. Außerdem unterstützen wir den Ausbau von Präsenzstellen an Forschungsstandorten im ländlichen Raum. Weiterhin werden wir die Lehre unterstützen, indem wir den Hochschulen ermöglichen, Senior-Professuren einzurichten.

BVB / Freie Wähler

Der den Brandenburger Hochschulen aus dem von Bund und Ländern beschlossenen Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ ab 2024 jährlich zustehende Betrag von ca. 70 Millionen Euro ist vollständig, effizient und zweckbestimmt für den Erhalt der Kapazitäten, der Erhöhung der Auslastung, der Qualität des Studiums und damit der Abschlussquoten, zur Schaffung bedarfsgerechter und neuer fächerspezifischer Lehrkapazitäten sowie zur Entfristung von mit Lehrtätigkeit befasstem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal einzusetzen. Hierzu ist der Förderbetrag dem auf jährlich 35 Millionen Euro angewachsenen Kofinanzierungsanteil aus dem Brandenburger Landeshaushalt bis zum Vertragslaufzeitende 2027 bereitzustellen.

Frage 3: Welche Vorstellungen zur Lehrkräftebildung hat _____, um dem Mangel an Lehrkräften an den Schulen im Land kurz-, mittel- und langfristig zu begegnen?

SPD

Die Qualität der Schulen hängt vor allem anderen von den Lehrkräften ab. Deshalb binden wir unsere Lehrkräfte bestmöglich an unser Land und entlasten sie von nicht- pädagogischen Aufgaben. Wie alle Bundesländer muss auch Brandenburg große Anstrengungen unternehmen, um genug neue Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen. Dabei setzt die SPD auf einen Dreiklang aus verstärkter Ausbildung, Qualifizierung bei Quer- und Seiteneinstieg sowie Reaktivierung von pensionierten Lehrkräften:

- Wir haben die Ausbildungskapazitäten an der Universität Potsdam auf über 1.000 Plätze pro Jahr erhöht.
- In der Ausbildung von jungen Lehrerinnen und Lehrern haben wir einen ganz neuen Weg eingeschlagen. An der BTU Cottbus-Senftenberg haben wir in Rekordzeit einen innovativen, dualen Lehramtsstudiengang geschaffen. Seit 2023 werden dort junge Menschen zu Grundschullehrkräften ausgebildet. Die angehenden Lehrkräfte sammeln von Anfang an begleitend zum Studium wertvolle Praxiserfahrung an Schulen. Dieses Prinzip werden wir ausweiten, sodass das Lehramtsstudium praxisorientierter und attraktiver wird. Während des dualen Studiums erhalten die Studierenden eine angemessene Vergütung.
- An beiden Standorten für Lehrerbildung werden wir entsprechend des Bedarfes und der Studiennachfrage die Ausbildungskapazität weiter erhöhen.
- Wir werden mit einer gezielten Werbekampagne bundesweit nach Lehrkräften suchen.
- Wir werden die Qualität unserer Seiteneinsteigerausbildung weiter aufbauen. Denn es wird die kommenden Jahre weiterhin auch den Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt brauchen. Wir werden uns weiter für Maßnahmen einsetzen, die keine Abstriche bei der Qualität der Ausbildung machen, aber ganz praktisch für viele qualifizierte Menschen den Einstieg in den Lehrerberuf erleichtern. Unnötige Hürden – wie ein Zweitfachstudium – werden wir abbauen und eine angemessene Bezahlung sicherstellen.
- Weiterhin werben wir auch um erfahrene Lehrkräfte, die aus dem Dienst ausscheiden. Vor diesem Hintergrund werden wir weitere Programme auf den Weg bringen, die sicherstellen, dass ältere Lehrkräfte ihre Expertise und ihr Engagement weiterhin für eine qualitativ hochwertige Bildung in unserem Land einbringen können. Dazu ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Zuverdienstmöglichkeiten neben der Pension und machen flexible und individuelle Angebote.
- Um auch für alle ländlichen Regionen genug ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen, haben wir das sogenannte Landlehrerstipendium eingeführt. Jährlich werden etwa 40 Stipendien an Lehramtsstudierende vergeben, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Studium eine Lehrtätigkeit an einer solchen Bedarfsschule aufzunehmen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in der Lehrkräfteausbildung und Lehrkräfteweiterbildung die Demokratiebildung und die Bildung nachhaltiger Entwicklung eine größere Rolle spielt.

CDU

Der Lehrkräftemangel ist für die CDU Brandenburg ein außerordentlich wichtiges Thema, denn Kinder sind die Zukunft des Landes. Unsere Vorstellungen beziehen sich auf kurzfristige sowie langfristige Lösungen. Wir wollen kurzfristig unter anderem mehr Vergütung für Mehrarbeit, die Entlastung von Schulleitern und Lehrkräften durch mehr themenorientiertes Personal (IT-Personal, Gesundheitsfachkräfte, schulpsychologischer Dienst) erreichen. Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen soll spürbar erleichtert werden, ohne dabei an Qualität zu verlieren. Mittel- und langfristig müssen wir eine Erhöhung der Studienplatzkapazitäten für das Lehramt schaffen, den Aufbau einer pädagogischen Hochschule initiieren und Schüler frühzeitig für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums begeistern. Weitere Vorstellungen finden Sie im Wahlprogramm der CDU Brandenburg.

Bü90 / Grüne

In den kommenden zehn Jahren müssen wir in Brandenburg jährlich etwa 1.000 bis 1.500 Lehrer*innenstellen neu besetzen. Um diesen riesigen Bedarf zu erfüllen, konnten wir bereits mehr Lehramtsstudienplätze in Potsdam und Senftenberg auf den Weg bringen. In Senftenberg gehen wir in der Lehrkräfteausbildung neue Wege und verzahnen Theorie und Praxis enger. Wir wollen das Lehramtsstudium grundsätzlich reformieren und zu einem praxisorientierten dualen Studium weiterentwickeln. Während des Studiums soll es bezahlte Praxisphasen geben und der Vorbereitungsdienst (das Referendariat) soll in den Masterstudiengang integriert werden. Dies wünschen wir uns auch an der Universität Potsdam. So können Studierende frühzeitig eine Bindung

zur Schule aufbauen, mehr Praxiserfahrungen machen und das Studium verkürzen. Damit wollen wir das Studium attraktiver machen und die Zahl der Absolvent*innen erhöhen. Außerdem sollten mindestens drei Prozent der Studienleistungen im Bereich der Inklusions- und Sonderpädagogik erworben werden. Studiums bezogene und ehrenamtliche Leistungen im Bereich der kulturellen Kompetenzen wollen wir durch ein landesweites Zertifikat anerkennen. Wir erleichtern den Zugang zum Studium, schaffen Zugangsbeschränkungen ab und prüfen einen neuen Standort in Frankfurt (Oder), insbesondere für die Lehrkräfteweiterbildung und Polnisch. In Senftenberg wollen wir perspektivisch auch ein Sorbisch-Lehramt etablieren. Seiteneinsteiger*innen sollen vor Unterrichtsbeginn besser qualifiziert werden. Das Refugee Teacher Programm wird fortgeführt und für ausländische Lehrkräfte geöffnet. Das Landlehrkräftestipendium wird ausgebaut, und für den Berufseinstieg nach dem Referendariat schaffen wir im neuen Landesinstitut Angebote.

Linke

Als Linke haben wir in unserem Wahlprogramm eine Ausbildungsoffensive zur Gewinnung neuer Lehrkräfte mit folgenden Maßnahmen vereinbart: massiver Ausbau der Ausbildungsplätze unter besonderer Berücksichtigung der Mangelfächer, Schaffung weiterer dezentraler Ausbildungsorte in ländlichen Regionen, eine praxisorientierte Reform der Lehrkräfteausbildung (mehr Praxisanteile und kürzere Studienzeiten), attraktive Stipendienangebote für Lehramtsstudierende ab dem ersten Fachsemester, die schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, die Anhebung der Bezahlung der Referendarinnen und Referendare deutlich über Mindestlohn und die Entwicklung eines Anreizsystems gemeinsam mit Kommunen, um junge Lehrkräfte beziehungsweise Studierende durch vielfältige Unterstützung bei der Ansiedlung für den ländlichen Raum zu gewinnen. Darüber hinaus müssen natürlich auch die Studienbedingungen an den Hochschulen stimmen. Das meint sowohl die räumlichen Lernbedingungen, die Betreuungsrelation, als auch die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum und attraktive, kulturelle Angebote. Die Gewinnung neuer Lehrkräfte sehen wir in diesem Zusammenhang als ganzheitlich Aufgabe; die Verbesserung der Studienbedingungen wird zugleich aber auch Studierenden anderer Fachrichtungen zugutekommen und den Studienstandort Brandenburg insgesamt attraktiver machen.

FDP

Dem Mangel an Lehrkräften wirken wir zunächst durch eine allgemeine Verbesserung der Studienbedingungen im Land Brandenburg entgegen. Wir werden das studentische Wohnen an den Hochschulstandorten fördern und ausbauen.

Speziell auf die Steigerung der Studierendenzahlen in den lehramtsbezogenen Studiengängen wollen wir durch den Ausbau von Lehramtsstipendien zu Vollstipendien hinwirken. Neben einem Ausbau der Studienplätze in diesem Bereich muss die Anzahl der Lehrpersonen im Land auch kurz- und mittelfristig gesteigert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Lehrerinnen und Lehrer auf das Unterrichten konzentrieren können und von bürokratischem Aufwand so weit wie nur möglich befreit werden. Dafür sind folgende Maßnahmen entscheidend:

1. Ausbau der Digitalisierung an Brandenburger Schulen und Zusammenfassung verschiedener Tools und Anwendungen in eine zentrale digitale Anwendung für Lehrpersonen, Eltern, Schülerinnen und Schüler.
2. Förderung multiprofessioneller Teams an Schulen
3. Konsequenter Abbau von Bürokratie bei der Anpassung von Verwaltungsvorschriften und des Schulgesetzes.
4. Abbau und/oder Automatisierung der statistischen Erfassung im Schulwesen (Zensos).

Weiterhin werden wir die Autonomie der Schulen stärken, indem wir den Schulen die Personalhoheit übertragen und die staatlichen Schulämter abschaffen. Damit soll die Tätigkeit an einer Schule im Land Brandenburg attraktiver werden und Lehrpersonen können schneller gewonnen und eingestellt werden. Außerdem werden die Freien Demokraten das Lehramtsstudium in seiner Struktur vollständig reformieren:

Es sollen in Zukunft drei statt vier Stränge existieren: Grundschul-Lehramt, Sekundarstufe, Berufsschule.

- Umbau zu einem dualen Studiengang über 5 Jahre: Reduzierung der Theorieanteile und Konzentration

auf die Unterrichtspraxis

- Knappere Gestaltung der fachwissenschaftlichen Anteile an der Lehramtsausbildung, Gleichwertigkeit zwischen Bildungswissenschaft, Fachdidaktik und Fachwissenschaft
- Die einzelnen Schulen erhalten eine aktive Rolle bei der Auswahl und Ausbildung der Studierenden.
- Neben dem Unterrichten werden den Studierenden im Referendariat auch Erfahrungen im Bereich Schulmanagement und Klassenleitung vermittelt
- Lehrkräfte sollen als Mentoren von dualen Lehramtsstudierenden besser entlohnt und qualifiziert werden

Die Freien Demokraten sehen die Gründung einer pädagogischen Hochschule eine weitere wichtige Maßnahme, um die Attraktivität des Lehramtsstudiums zu erhöhen.

BVB / Freie Wähler

Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der Universitäten und Fachhochschulen, der Forschungsinstitute des Landes, der Lehrstühle sowie von deren wissenschaftlichem Unterbau. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind mittel- bis langfristig auf einen Anteil von wenigstens 5 Prozent des Brandenburger Haushaltsvolumens anzuheben. Besonderes Augenmerk bei der Mittelverwendung soll die Ausbildung von Lehrkräften erhalten. Weitere Ausbildungsstandorte wie in Frankfurt (Oder) sollten vorbereitet und umgesetzt werden.

Frage 4: Wie sollen Kooperationen der Medizinischen Universität Lausitz mit anderen Einrichtungen der medizinischen Ausbildung im Land ausgestaltet werden und welche Ressourcen sind hierfür zur Verfügung zu stellen?

SPD

Der Aufbau der staatlichen Universitätsmedizin wird unser Land als Wissenschafts- und Forschungsstandort nachhaltig stärken. Dazu bauen wir einen einmaligen Knotenpunkt zur medizinischen Versorgung, wissenschaftlichen Lehre und Forschung für unser Gesundheitswesen in der Lausitz auf. Die Medizinische Universität Lausitz – Carl Thiem wird damit die medizinische Versorgung in einer ländlichen, vom Strukturwandel geprägten Region nachhaltig verbessern. Der Bund unterstützt den Strukturwandel in den Braunkohleregionen im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes bis 2038 finanziell. Bund und Land tragen die Kosten zur Hälfte. Für das Land sind das über 120 Millionen Euro pro Jahr. Auch werden wir die Medizinische Hochschule Brandenburg weiter unterstützen, die aktuell ca. 7 Millionen Euro erhält. Sie leistet bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Ärzteversorgung im Land. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den Aufbau enger Kooperation mit anderen Einrichtungen der medizinischen Ausbildung. Welche Ressourcen dabei zur Verfügung gestellt werden, hängt von den spezifischen Partnerschaften und Zielen einer solchen Kooperation ab.

CDU

Die MUL ist für die CDU Brandenburg ein Vorzeigeprojekt, welches nicht nur die Lausitz stärken soll, sondern ganz Brandenburg. Besonders die Bereiche Forschung, Lehre und Transfer bekommen in der Kooperationsvereinbarung mit der BTU einen besonderen Stellenwert. Wir erwarten von der MUL eine enge Zusammenarbeit auch mit anderen Hochschulen. Mit Blick auf die Zukunft wird die MUL auch durch den Innovations- und Netzwerkrat eine ständige Förderung von Kommunikation und Kooperation mit den Akteuren der Modellregion Gesundheit Lausitz anstreben. Zu den potenziellen Akteuren gehören unter anderem Gesundheitseinrichtungen in der Region, Krankenhäuser, weitere Hochschulen, die Krankenkassen sowie weitere relevante medizinische Verbände und Vereinigungen.

Bü90 / Grüne

Zunächst gilt es bei der Übernahme des Carl-Thiem-Klinikums (CTK) durch das Land im Zuge der Errichtung der Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem (MUL) die Standards der Beschäftigten des CTK zu erhalten und stetig zu verbessern sowie für gute und tarifgebundene Arbeitsbedingungen, auch in den Tochtergesellschaften Sorge zu tragen. Für die Klinikbeschäftigten heißt das - möglichst TVÖD. Gesetzlicher Auftrag der MUL ist auch die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal im Gesundheitswesen einschließlich der Pflege. Das erfordert engen Abstimmungsbedarf mit der BTU.

An der MUL sind neben dem Studiengang Humanmedizin die Masterstudiengänge „Medical Data Science“, „Gesundheitssystemwissenschaften“ und „Advanced Nursing Practices“ geplant. Damit der Aufbau der neuen Studiengänge sich an Bedürfnissen von Studierenden und Lehrenden orientieren, haben wir die Gründungskommission um Mitglieder aus diesen beiden Gruppen aufgestockt. Die Studierenden sollen für die Versorgung von Patient*innen in multiprofessionellen Teams ausgebildet werden. Die Ausbildung von Gesundheitsfachpersonal an der MUL wird zudem zur Sicherstellung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in der Lausitz und weiteren Regionen maßgeblich beitragen. Für die MUL stellt der Bund bis 2038 1,9 Mrd. Euro bereit und das Land soll mit 1,8 Mrd. Euro kofinanzieren.

Wir wollen, dass bestehende Studiengänge für Gesundheitsberufe an der BTU dort weitergeführt und im Rahmen der Kooperation mit der MUL konzeptionell einbezogen werden. Dies gilt für Pflegewissenschaften, Therapiewissenschaften, Berufspädagogik für Gesundheitsberufe, Medizininformatik und Hebammenwissenschaften. Wir teilen die Ansicht der GEW, dass hier mehr Transparenz hergestellt werden muss, wie eine solche Kooperation bezüglich der Aus- und Weiterbildung in diesen Berufen aussehen soll. Bei Kooperationen mit anderen Hochschulen muss aus unserer Sicht der Personalrat vorab beteiligt werden, wenn es dabei auch um Personaleinsatz geht.

Wir wollen dafür sorgen, dass die MUL bestmöglich von den Erfahrungen der MHB profitieren wird und dass sich beide Einrichtungen optimal ergänzen und gegenseitig unterstützen, insbesondere im Bereich der Gesundheitssystem- und Versorgungsforschung. Das erfolgreiche Landärzt*innen- Stipendium wollen wir fortführen.

Wir wollen einen Lehrstuhl für Arbeitsmedizin an einer Hochschule in Brandenburg schaffen, um Forschung und Lehre in diesem Fachgebiet im Land weiter zu stärken.

Linke

Unsere erste Priorität ist eine gute Kooperation mit der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg auf Augenhöhe. Das bedeutet z.B., dass die durch die MUL in Anspruch genommenen Kapazitäten der BTU durch das Land kompensiert bzw. zusätzlich vergütet werden. Es müssen Lösungen gefunden werden, bei denen die MUL keine Konkurrenz zu dem Angebot der Pflegewissenschaften an der BTU in Senftenberg darstellt, sondern sich gegenseitig stärkt. Ist die Kooperation mit der BTU auf festen Füßen – auch finanziell (z.B. durch die Aufstockung von Professor:innen- und Mitarbeiter:innenstellen oder den Ausbau räumlicher Gegebenheiten), muss das Land auch die anderen gesundheitswissenschaftlichen Einrichtungen in den Blick nehmen. Dazu zählt die Integration der Fakultät für Gesundheitswissenschaften genauso, wie die Ausweitung der Kooperationen mit den Kliniken außerhalb der Lausitz und dem ÖGD. Ziel muss es sein, Ärztinnen und Ärzte in die Fläche des Landes zu bekommen und damit die medizinische Versorgung in allen Regionen Brandenburgs zu sichern. Das ist der Auftrag des Landes. Daher erachten wir die Gründung privater medizinischer Hochschulen als problematisch und wollen eine Integration in die MUL prüfen. Da die Finanzierung der MUL nach Auslaufen der Strukturstärkungsmittel des Bundes unklar ist, kann bisher niemand verlässliche Aussagen dazu tätigen, welche Ressourcen für die Integration der unterschiedlichen Einrichtungen benötigt wird. Die neue Landesregierung muss aus unserer Perspektive spätestens bis Ende 2025 einen langfristigen Finanzierungsplan der MUL vorlegen.

FDP

Der Aufbau der Universitätsmedizin an der BTU Cottbus-Senftenberg sowie der Ausbau des Carl-Thiem-Klinikums zum Universitätsklinikum sind unverzichtbare Bestandteile eines gelungenen Strukturwandels in der Lausitz. Zur Steigerung der Effizienz wird jedoch Wert darauf gelegt werden müssen, dass die neue Universitätsmedizin eine enge Verknüpfung zur bereits bestehenden Ausbildung an der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) in Neuruppin etabliert. Hier kann auf den Umstand zurückgegriffen werden, dass die MHB bereits heute ein breites Ausbildungsnetzwerk besitzt. Dieses umfasst nicht nur kleine Kliniken im ländlichen Raum, bspw. in der Lausitz, sondern auch eine breite Vielfalt an niedergelassenen Fachärzten. Dieses breite Netzwerk wünschen wir uns auch für die neue Universitätsmedizin. Außerdem kann es von Vorteil sein, die Professionalität am Gesundheitscampus der BTU am Standort Senftenberg stärker in die universitäre Medizinerbildung einzubeziehen. Auch eine Beteiligung der Sana Kliniken Niederlausitz an der universitären Medizinerbildung kann sinnvoll sein, um die für eine Medizinerbildung notwendigen Fallzahlen zuverlässig und dauerhaft zu erreichen.

BVB / Freie Wähler

Der Wissenstransfer durch eine enge Zusammenarbeit der Forschungsinstitute, der Hochschulen und der in Brandenburg ansässigen Wirtschaftsunternehmen ist über eine aktive ministerielle und administrative Unterstützung voranzubringen. Hierfür ist die sogenannte „Transferstrategie“ zu evaluieren und fortzuentwickeln. Die vorhandenen Präsenzstellen der Hochschulen des Landes Brandenburg in den Regionalen Wachstumskernen (RWK) sind zu erhalten. Dies schließt insbesondere die vorausschauende bedarfsgerechte medizinische Ausbildung mit ein.

Frage 5: Wird sich ____ dafür einsetzen, den Dialogprozess ‘Gute Arbeit in der Wissenschaft’ in der neuen Wahlperiode weiterzuführen und welche Ziele und Formate werden hierfür angestrebt?

SPD

Die SPD Brandenburg ist für „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ und wird sich auch in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen. Der dreijährige Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ war beispielgebend. Die Empfehlungen des Dialogprozesses flossen in die Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes ein. So bekommen studentische Beschäftigte künftig eine Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten. Mit neuen Personalkategorien werden attraktive Karrierewege jenseits der Professur geboten. Das ist ein Erfolg, der in dieser Form bundesweit einmalig ist. Alle Beteiligten waren an einem Tisch, um ein innovatives Hochschulgesetz zu entwerfen. Unser Ziel muss es auch zukünftig sein, gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen im Land zu reflektieren und gemeinsame Lösungen zu finden. Wir sind uns sicher, dass wir auch hierfür gute Formate finden werden, die uns helfen, die Rahmenbedingungen von „Guter Arbeit in der Wissenschaft“ kontinuierlich zu verbessern. Für die SPD ist es wichtig, weiterhin im Gespräch zu bleiben. Denn wir brauchen für unser Land auch künftig exzellente Forscherinnen und Forscher sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das geht aber nur mit bestmöglichen Arbeitsbedingungen und verlässlichen Karrierewegen in der Wissenschaft.

CDU

Die CDU Brandenburg unterstützt den Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“. Er dient als wichtiges Kommunikationsmittel zwischen den einzelnen Ebenen in der Hochschullandschaft und gibt wichtige Impulse für die Wissenschaftspolitik. Wir wollen diese Art des Dialogs fortsetzen, wenn auch in modifizierter Form.

Bü90 / Grüne

Mit dem von uns Bündnisgrünen in den letzten Koalitionsvertrag eingebrachten Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ haben wir Verbesserungen für wissenschaftliche und studierende Mitarbeitende an unseren Hochschulen erreicht und in Teilen auch bei der Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes verankert. Den Dialogprozess wollen wir fortsetzen und um einen landesweiten „Kodex Gute Arbeit“ ergänzen. Im Bereich Gute Arbeit sehen wir auch nach den kürzlich erfolgten Novellen von Hochschulgesetz und Personalvertretungsgesetz Nachschärfungsbedarf und stehen für eine Ergänzung beider Gesetze zur Verfügung. Wichtig sind uns dabei insbesondere folgende Punkte: mehr Zeit für die Qualifizierung, längere Mindestvertragslaufzeiten und mehr unbefristete Stellen für Daueraufgaben. Wir treten für eine angemessene Arbeitsbelastung für den akademischen Mittelbau. Lehrbeauftragte dürfen bei Ausfall oder Krankheit nicht ohne Absicherung bleiben. Dazu wollen wir dauerhaft tätige Lehrbeauftragte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umwandeln und die Kategorie Lehrbeauftragte in freiberufliche Lehrkräfte überführen, vergütet in Anlehnung an den Tarifvertrag. Wenn Hochschulen Tätigkeiten outsourcen, darf das kein Lohndumping bedeuten: Den Beschäftigten von externen Dienstleistern muss eine tarifliche Bezahlung in Anlehnung an den Tarifvertrag der Länder gewährt werden. Es braucht weniger Ausschlüsse in der Mitbestimmung der Personalräte. Außerdem halten wir flachere Hierarchien für dringend erforderlich. Teil des "Kodex Gute Arbeit" soll deshalb auch die Einführung von Department Strukturen sein. Unser Ziel ist es zudem, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der Tarifgemeinschaft der Länder abzuschließen, der höhere Stundenlöhne, bessere Arbeitsbedingungen und Mindestvertragslaufzeiten von zwei Jahren enthält.

Linke

Eine Weiterführung des Dialogprozesses „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ ist dringend notwendig. Das haben die an dem Prozess Beteiligten statusgruppenübergreifend bei der auf Initiative der Linksfraktion geführten Debatte zur Auswertung des Prozesses im Wissenschaftsausschuss zu Protokoll gegeben. Wie dieser Prozess zukünftig aussehen könnte, haben wir bereits in einem Antrag im Oktober 2023 dargestellt (Drucksache 7/8562). Diesem Dialogformat sollen Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulleitungen, der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Lehrbeauftragten, der technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der studentischen Beschäftigten, der Gewerkschaften, der Studierendenvertretungen, der Gleichstellungsbeauftragten und des zuständigen Ministeriums angehören. Ziel des Gremiums sollte ein gleichberechtigter, mindestens halbjährlicher Austausch sein, um:

- Vereinbarungen des Dialogprozesses „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ in ihrer Umsetzung zu begleiten und ihre Wirksamkeit zu evaluieren,
- Vereinbarungen des Dialogprozesses in Vorbereitung auf Hochschulvertragsverhandlungen gegebenenfalls neu zu justieren,
- die Ergebnisse des Dialogprozesses für die Aufnahme in die landesweite Rahmenvereinbarung und die bilateralen Hochschulverträge in einem Kapitel „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ zusammenfassen, sowie
- aktuelle, hochschulübergreifende Fragen im Themenkomplex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ zu diskutieren.

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht ratsam, dass auch an den Hochschulen regelmäßige Möglichkeiten des Austauschs der Statusgruppen zu hochschulspezifischen Fragen der „Guten Arbeit“ unabhängig von den zentralen Hochschulorganen geschaffen werden.

FDP

Die stetige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft ist essenziell, um beim weltweiten Wettbewerb um exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mithalten zu können. Für die Freien Demokraten steht dabei die baulich und technisch innovative Ausstattung der Hochschulen an vorderer Stelle. Dafür werden wir u.a. ein „Sonderprogramm Bau“ für Forschungsgebäude auf den Weg bringen. Dadurch werden wir die baulichen Bedingungen an den Hochschulen im Land auf Spitzenniveau etablieren.

Wir sehen die Notwendigkeit einer Evaluation des Zeiteinsatzes für wissenschaftliche, nichtwissenschaftliche, akademische und Lehrtätigkeit, um Stellenpläne, Ausschreibungen und Lehrdeputate anzupassen. Die Freien Demokraten setzen sich zudem für eine deutliche Erhöhung der Anzahl des Lehrpersonals an Hochschulen ein.

Eine weitere Maßnahme aus dem Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen des Landes ist der Ausbau moderner, gut ausgestatteter Bibliotheken. Wir werden mehr digitale Lizenzen anschaffen und mehr Gemeinschaftsarbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Generell streben die Freien Demokraten die höchstmögliche Autonomie der Hochschulen im Personalwesen an. Dabei soll die Personalplanung durch ein ausgewogenes Verhältnis an befristeten und unbefristeten Stellen möglichst flexibel gestaltet werden können.

Das Land beschränkt sich ansonsten in der Wissenschaftspolitik auf die Ausübung der Rechtsaufsicht: wir wollen möglichst freie und unabhängige Hochschulen.

BVB / Freie Wähler

Der in 2020 zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und den Hochschulleitungen und -gremien, den Personalvertretungen, den Studierendenvertretungen, den Gleichstellungs- und Schwerbehindertenvertretungen sowie den Gewerkschaften begonnene Dialogprozess für „Gute Arbeit in der Wissenschaft“, der in ein neues Hochschulgesetz mündete, muss auch nach dessen Verabschiedung dauerhaft fortgesetzt werden. Hierfür ist ein neues Format zu entwickeln, um einen konstruktiven Meinungs- und Gedankenaustausch über die Fortentwicklung unserer Universitäten und Hochschulen zwischen allen Beteiligten unterjährig zu ermöglichen.

Frage 6: Was sind die Vorstellungen zur Personalstruktur im akademischen Mittelbau, die Daueraufgaben in Lehre und Forschung und befristete Qualifizierungsaufgaben in ein ausgewogenes Verhältnis setzt?

SPD

Die SPD Brandenburg setzt sich für die Stärkung des akademischen Mittelbaus ein. Unsere Vorstellungen zur Personalstruktur zielen insbesondere darauf ab, mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau zu schaffen. Mit der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes werden neue Personalkategorien wie die Juniorprofessur, die Dozentur und die Wissenschaftsmanagerin eingeführt, um attraktive Karrierewege jenseits der Professur zu ermöglichen. Bundesweit ist das in dieser Form einmalig und eröffnet attraktive Karrierewege jenseits der Professur. Im Rahmen der Gesetzesnovellierung wird es künftig eine Mindestbeschäftigungsdauer für Studentische Beschäftigte geben.

CDU

Es ist elementar für die Hochschulen, auch in Aspekten der Personalstrukturen, Vertrauen zu haben. Die Hochschulautonomie beinhaltet für die CDU Brandenburg auch, den Hochschulen adäquate Flexibilität in der Personalplanung und Vertragsgestaltung zuzugestehen. Wir sind der Überzeugung, dass die Hochschulleitungen mit der Personalplanung verantwortungsvoll umgehen. Generell gilt das Prinzip: Dauerstellen für Daueraufgaben.

Bü90 / Grüne

Daueraufgaben müssen auch mit unbefristeten Verträgen einher gehen. Daher haben wir mit dem neuen Hochschulgesetz verpflichtende Dauerstellenkonzepte eingeführt, an denen die Personalräte zu beteiligen sind. Wir setzen uns für mehr unbefristete Stellen beim wissenschaftlichen Personal ein. Um dieses Ziel zu erreichen, muss bei den Personalkategorien nachgesteuert werden - hin zu einer verbindlichen Anschlusszusage nach Evaluation. Auch dauerhaft tätige Lehrbeauftragte wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umwandeln. Um diese unbefristeten Stellen zu finanzieren, müssen gezielt die Mittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre genutzt werden. Dass auch große Teile der Dozierenden und Wissenschaftler*innen im akademischen Mittelbau weiterhin unter prekären Bedingungen arbeiten und sich von Vertrag zu Vertrag hangeln, ist weder gut für die Forschung noch für die Lernbedingungen von Studierenden. Wir fordern daher mindestens die Hälfte der Arbeitszeit für die Qualifizierung und längere Mindestvertragslaufzeiten. Die familienpolitische Komponente wollen wir auch für Drittmittelbeschäftigte verpflichtend umsetzen. Um die Bedingungen für eine Promotion zu verbessern, haben wir bei der Hochschulgesetznovelle eine Promovierendenvertretung eingeführt und die Promotion an Fachhochschulen ermöglicht.

Linke

Als Linke wollen wir die prekären Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen beenden. Dabei folgen wir dem Prinzip „Dauerstellen für Daueraufgaben“. Zu diesem Zweck werden wir den gesamten wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau an Hochschulen stärken. Wir wollen, dass mindestens die Hälfte aller wissenschaftlichen Stellen an den Hochschulen zukünftig unbefristet sind. Lehraufträge, die von Menschen ohne existenzsicherndes Haupteinkommen verrichtet werden, sollen in Dauerstellen überführt und ansonsten unterbunden werden. Zudem fordern wir Planungssicherheit für Beschäftigte: Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) abzuschaffen und stattdessen ein Wissenschaftsqualifizierungsgesetz zu beschließen. Höchstbefristungslaufzeiten müssen verschwinden, stattdessen soll es Planungssicherheit für alle Beschäftigten in der Wissenschaft geben. Hinzu kommt, dass genug Zeit für die eigene wissenschaftliche Qualifizierung bleibt. Zu diesem Zweck braucht es starke Regelungen im Brandenburgischen Hochschulgesetz, die wir bei der vergangenen Novellierung vorgeschlagen haben (Drucksache 7/9416), aber auch künftig weiterverfolgen werden.

FDP

Die Freien Demokraten setzen sich für eine größtmögliche Autonomie der Hochschulen im Personalwesen ein. Wir sind überzeugt, dass jede Hochschule individuell für sich die besten Entscheidungen bei der Einstellung und Weiterqualifizierung des Personals treffen muss. Wir sehen das Land jedoch in der Verantwortung, die Begleitung von Absolventinnen und Absolventen im Übergang zum außeruniversitären Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir sehen hier einen Katalysator für die wirtschaftliche Entwicklung und eine Entlastung für die Lehrstühle.

BVB / Freie Wähler

Die Vorstellungen der Landesregierung, dass die Hochschulen einen transparenten Prozess unter Beteiligung der Personalvertretungen Dauerstellenkonzepte für den Mittelbau starten, sind zu begrüßen, wenn darin klare Zielvorgaben enthalten sind. Der Ausbau der Forschungsqualität und die Gewinnung von Professorinnen und Professoren an den Fachhochschulen sollte hier als Chance für unser Land genutzt werden.

Frage 7: Welche langfristigen Projekte an Hochschulen will ____ fördern, die eine nachhaltige Wissenschafts- und Personalentwicklung ermöglichen?

SPD

Unsere Hochschulen sind mit ihren Innovationen, ihrer Fachkräfteausbildung und ihren Ausgründungen ein wichtiger Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg. Das sind alles sehr gute Gründe, um ihnen beste Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung zu bieten. Vor diesem Hintergrund wollen wir mehr Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen für Leben und Arbeit in Brandenburg gewinnen. All das werden wir mit einer gezielten Anwerbeoffensive flankieren. Zudem werden wir den Aufbau des Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus entschlossen umsetzen und damit eine nachhaltige Wissenschafts- und Personalentwicklung ermöglichen. Insbesondere der Aufbau der staatlichen Universitätsmedizin wird unser Land als Wissenschafts- und Forschungsstandort nachhaltig stärken und gleichzeitig die medizinische Versorgung der Region verbessern. Dazu bauen wir einen einmaligen Knotenpunkt zur medizinischen Versorgung und wissenschaftlichen Lehre und Forschung für unser Gesundheitswesen in der Lausitz auf. Wir sind stolz auf unsere Forschungseinrichtungen. Auch werden wir unsere Hochschulen bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen weiter unterstützen.

Einen besonderen Mehrwert entwickelt Wissenschaft und Forschung, wenn es gelingt, Forschungsergebnisse praxistauglich zu machen. Deshalb bauen wir Innovationsorte wie den Potsdam Science Park in Golm, den Lausitz Science Park in Cottbus und die Hochschule Wildau (dahme innovation) aus. Wir vernetzen sie und fördern neue Innovationsorte. Wir unterstützen damit auch Ausgründungen und Start-ups.

CDU

Die CDU Brandenburg sieht jedes Projekt zugunsten der Wissenschaft und Forschung als förderungsfähig an, jedoch betrachten wir die Hochschulautonomie als zentralen Schlüssel für eine freie und zukunftsorientierte Lehre. Dazu gehört auch, den Hochschulen die Freiheit über ihre Personalplanung und -entwicklung zu gewährleisten. Auch hier vertrauen wir den Hochschulleitungen in der Gestaltung ihres Personalkonzeptes. Wie in Frage 2 erwähnt, wollen wir die Hochschulen bei der Erstellung von Dauerstellenkonzepten unterstützen, die eine längerfristige Perspektive besitzen. Wir werden bemüht sein, den Hochschulen durch zusätzliche finanzielle Ausstattung und Zuwendungen die Möglichkeit zu geben, Dauerstellen zu schaffen.

Bü90 / Grüne

Für eine nachhaltige Personalentwicklung ist für uns die Weiterführung des Dialogprozesses Gute Arbeit mit allen unter 6. genannten Punkten zentral.

Zu guter Wissenschaft gehören immer auch gute Studienbedingungen, daher wollen wir eine Sozialoffensive für ein Studium, das sich alle leisten können. Wir wollen, dass gute Bildung in Brandenburg eine freie Entscheidung und kein Privileg für Wohlhabende ist. Der Zugang zu einem Studium sollte für alle ohne finanzielle Sorgen möglich sein. Neben mehr Geld für den Wohnheimbau und dem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, wollen wir das Semesterticket auf Basis des Deutschlandtickets im Solidarmodell beibehalten und Mensapreise bezahlbar halten. Wir stehen bereit für die Abschaffung von Verwaltungsgebühren und die Erstattung der rechtswidrigen Rückmeldegebühren. Auf der Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der Sätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) ein. Die aktuelle BAföG-Reform war ein längst notwendiger Schritt, es muss finanziell aber nachgelegt werden. Das FDP-geführte Wissenschaftsministerium hat die für die Novelle eingeplanten Mittel nicht einmal ausgeschöpft.

Für eine nachhaltige Wissenschaftsentwicklung wäre es eine gute Grundlage, die Mitbestimmung weiter zu verbessern. Wir stehen bereit dafür, dies zu tun und dafür auch das aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäße Urteil zur Professor*innenmehrheit von 1973 überprüfen zu lassen.

Wir fordern einen Pakt für nachhaltige Hochschulen und Forschungseinrichtungen, der den Ausstoß von Treibhausgasen senkt, klimaneutrales Bauen an Hochschulen voranbringt und Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre stärkt. Der Hochschulbau sollte aus unserer Sicht durch ein Landesprogramm aus der jahrzehntelangen Unterfinanzierung geführt werden.

Die Arbeit unserer Hochschulen im Bereich Digitalisierung und Open Science wollen wir weiter ausbauen und dazu insbesondere die hochschulübergreifenden Strukturen und Projekte, wie z.B. im Bereich der IT-Sicherheit, im Forschungsdatenmanagement sowie im Bereich Open Access, stärken.

Wir wollen den Wissenstransfer von Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Praxis stärken und vorhandene Strukturen und Ansätze, wie die Transfer- und Präsenzstellen sowie Förder- und Unterstützungsstrukturen für Gründungen und Start-ups im Umfeld von Wissenschaftseinrichtungen dazu weiter ausbauen.

Linke

Eine nachhaltige Wissenschaft- und Personalentwicklung braucht Entfristung, transparente Karrierewege, Zeit für Qualifizierung, die Vereinbarkeit mit der Familie und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Dazu gehört auch eine transparent, demokratisch und auf Augenhöhe ausverhandelte Personalentwicklungsplanung in den Hochschulen.

FDP

Die Freien Demokraten unterstützen die Gründung einer Landesstiftung für Wissenschaft unter Beteiligung der Wirtschaft, um einzelne Vorhaben schneller und effizienter umzusetzen. Vorbild dafür ist die entsprechende Stiftung des Landes Baden-Württemberg.

Weiterhin unterstützen wir Ausbau und Entwicklung des Lausitz Science Park und wollen weitere Science Parks im Land aufbauen. Damit wollen wir Hochschulinstitute und außeruniversitäre Institute besser mit den Technologieunternehmen zusammenbringen, um aus wissenschaftlicher Exzellenz auch volkswirtschaftliche Effekte zu erzielen und Digitalisierung und Innovation in der Fläche des Landes voranzubringen.

Die Freien Demokraten werden außerdem eine Reform des Landeshochschulrates anstreben. Wir werden hier die Besetzung praxisnah verändern. Das Ziel ist eine breite Besetzung mit Vertreterinnen und Vertretern der Studierendenschaft, der Hochschulen, der verschiedenen Personalvertretungen, der Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbänden sowie eine Besetzung mit externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Auch die Gründung eines Promotionskollegs durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen ist Forderung der Freien Demokraten. Wir wollen Promotionen an diesen Einrichtungen ermöglichen.

Weiterhin ermutigen wir die Hochschulen des Landes, neue Wege zu gehen und konventionelle Strukturen aufzubrechen: bspw. Departments- statt Institutsstruktur, Matrixstruktur für Großforschungsprojekte. Grundsätzlich wollen wir die Organisationsfreiheit der Hochschulen stärken.

BVB / Freie Wähler

Das geplante „Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus“ (IUC) mit den Schwerpunkten „Gesundheitssystemforschung“ und „Digitalisierung des Gesundheitswesens“ ist als ein wichtiger Baustein des durch den vereinbarten Kohleausstieg bedingten Strukturwandels in der Lausitz und der medizinischen Ausbildung Brandenburgs mit allen notwendigen Mitteln auf der parlamentarischen, ministeriellen und administrativen Ebene zu unterstützen.

Die Telemedizin kann in der Zukunft ein Baustein für eine kosteneffiziente Mittelverwendung im Gesundheitsbereich darstellen. Das Land Brandenburg hat bereits erste Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt und kann hier für die Zukunft eine bedeutende Rolle spielen.

Frage 8: Wie und mit welchem Ziel wird sich ____ in der kommenden Wahlperiode für die Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung (Drs.7/9401-B) einsetzen?

SPD

Die SPD Brandenburg wird sich bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung an dem Ziel zu orientieren, eine angemessene Lehrbelastung zu gewährleisten und die Qualität der Lehre zu fördern. Wir können das durch Maßnahmen erreichen, die digitale Lehrformate oder die Flexibilisierung der Lehrverpflichtung umfassen. Die Anpassung der Lehrverpflichtung an aktuelle Anforderungen und Entwicklungen im Hochschulbereich muss oberste Priorität genießen, und im Einklang mit dem Lehrkörper erfolgen. Diesem wird dabei eine hohe Eigenverantwortung übertragen. Mit dem neuen Brandenburgischen Hochschulgesetz werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung unter Berücksichtigung der vorbeschriebenen Herausforderungen so weiterentwickelt, dass die Hochschulen ihre Aufgaben adäquat auf hohem Niveau erfüllen können.

CDU

Schon im Dialogprozess war das Thema Lehrverpflichtungsverordnung ein sehr präsent und wichtiges. Obwohl die Politik hier ein Steuerungselement hat, ist es aus Sicht der CDU Brandenburg eine Aufgabe der Hochschulen, ihre Lehrverpflichtung angemessen zu handhaben. So hat die KMK-Empfehlung von 2003 kein bindendes Element, welches den Hochschulen eine bestimmte Autonomie zuschreibt. Jedoch ist es auch im Interesse der Hochschulen, um konkurrenzfähig zu bleiben, attraktive Beschäftigungsbedingungen zu schaffen, um wissenschaftliches Personal zu werben und zu halten. So ist es wichtig, auch die Vor- und Nachbereitung der Lehraufgaben in Betracht zu ziehen. Das Ziel ist es, Forschung und Lehre bedarfsgerecht aufeinander auszurichten, ohne die Qualität der Forschung und Lehre zu erodieren, jedoch zugleich auch ein faires Beschäftigungsverhältnis, welches alle Interessen berücksichtigt, zu erwirken.

Bü90 / Grüne

Der Landtagsbeschluss ist eine Initiative von Bündnis 90/Die Grünen und das MWFK hat eine Umsetzung, beginnend noch in der 7. Wahlperiode, zugesagt. Dies werden wir intensiv beobachten und begleiten. Wir treten für eine angemessene Arbeitsbelastung für den akademischen Mittelbau ein. Brandenburg wendet aktuell als einziges Bundesland keine Differenzierung der Lehrverpflichtung in Anlehnung an die KMK-Vereinbarung an, sondern legt eine Lehrverpflichtung von 0-24 SWS für alle Stellenprofile fest. Im Abschlussdokument des Dialogprozesses „Gute Arbeit“ wurden Vorschläge unterbreitet, wie eine von der KMK empfohlene sachgerechte Differenzierung nach Aufgabenprofilen (wieder) vorgenommen werden kann. Eine entsprechende Überarbeitung der LVV soll daher zeitnah beginnen. Mindestens die Hälfte der Arbeitszeit muss für die eigene Qualifikation vorbehalten sein.

Wie in allen anderen Bundesländern muss die Lehrverpflichtungsverordnung differenzierte Vorgaben je nach Berufsstatus und Funktion machen und Höchstdeputate müssen vermieden werden.

Linke

Wir werden mit den uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Möglichkeiten (Kleine Anfragen, Anträge und Themensetzung im zuständigen Fachausschuss etc.) darauf hinwirken, dass die Lehrverpflichtungsverordnung schnellstmöglich mit dem Ziel differenzierter (Maximal)-Deputate überarbeitet wird. Unser im Wahlprogramm festgehaltenes Ziel ist die Reduzierung der Lehrdeputate: Lehrverpflichtungen von mehr als 16 Semesterwochenstunden müssen unterbunden werden. Wir wollen die Lehrverpflichtung und damit die Arbeitsbelastung begrenzen. Denn Lehre, Forschung und Transfer gehören zur Arbeit aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu.

FDP

Die Freien Demokraten setzen sich für attraktive Arbeitsplätze in der Forschung und Lehre an den Hochschulen des Landes ein. Grundsätzlich sehen wir den Bedarf, den Zeitaufwand, welcher hinter einem bestimmten Lehrdeputat steht, ganz neu zu evaluieren. Unbenommen dieser angestrebten Evaluation sehen wir den Bedarf, zusätzliche Stellen zu schaffen, um die universitäre Lehre zu verbessern und Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu entlasten. Außerdem wollen wir den Hochschulen mehr Freiheit in der Personalgewinnung und im Personaleinsatz einräumen. Vor diesem Hintergrund wünschen wir uns mehr Freiräume für die Hochschulen, als diese in der aktuellen Verordnung eingeräumt werden.

Die Digitalisierung und Aufzeichnung von Inhalten der verschiedenen Lehrveranstaltungen soll unterstützt und ausgebaut werden. So erhalten die Studierenden einen breiteren Zugang zu den Lehrinhalten, was damit eine geeignete Maßnahme darstellt, den Zeitaufwand für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu reduzieren.

BVB / Freie Wähler

BVB / FREIE WÄHLER wird die Umsetzung des Landtagsbeschlusses im zuständigen Ausschuss kritisch hinterfragen und begleiten. Sollte eine Korrektur oder weitergehende Maßnahmen erforderlich sein, so werden wir eine Anhörung im zuständigen Ausschuss beantragen, um zügig die überarbeitete Lehrverpflichtungsverordnung.

Frage 9: Welche Gesetzesvorhaben hochschulpolitischer Art will Die Linke in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

SPD

Die SPD Brandenburg nimmt die Bedeutung von Brandenburgs Hochschulen als Orte der Zukunft sehr ernst. Auch in Zukunft werden wir uns daher für ein modernes Brandenburgisches Hochschulgesetz einsetzen, das Innovationen fördert, Fachkräfte von morgen ausbildet und die Grundlagen für das wirtschaftliche Fortkommen Brandenburgs legt. Dazu werden wir im direkten Dialog mit den Hochschulen unseres Landes bleiben, um gemeinsam Ziele und Herausforderungen anzugehen und diese, wo Notwendigkeit besteht, in konkrete Gesetzesvorhaben zu gießen.

CDU

Die CDU Brandenburg sieht die Hochschullandschaft als elementaren Baustein für ein innovatives und zukunftsfähiges Brandenburg. Dazu gehört auch, den Hochschulen die Freiheiten zu geben, innovativ und zukunftsfähig zu agieren. Unsere Ziele sind im Regierungsprogramm eindeutig beschrieben. Diese Ziele sind: mehr Hochschulautonomie, weg von der Detailsteuerung, Erhöhung der Partizipation, Entbürokratisierung, eine Reduktion der Berichtspflichten sowie mehr Planungssicherheit für Hochschulen.

Bü90 / Grüne

In der 7. Wahlperiode wurden das Hochschulgesetz und das Personalvertretungsgesetz umfassend novelliert und das Universitätsmedizingesetz verabschiedet. Wir stehen bereit an allen drei Gesetzen Nachjustierungen vorzunehmen, insbesondere in Hinblick auf die Themen Gute Arbeit und Mitbestimmung.

Den Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wollen wir an unseren Hochschulen endlich auch auf Studierende und Lehrbeauftragte anwenden. Dies kann entweder durch eine Änderung des Hochschulgesetzes oder ein Landesantidiskriminierungsgesetz gelöst werden. Zudem sollten die hochschulischen Gleichstellungsbeauftragten ebenso wie die Gleichstellungsbeauftragten nach dem LGG mit einem Organklagerecht gestärkt werden. Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der Gender Studies als interdisziplinäres Lehr- und Forschungsfeld ein, um differenziertere Gesellschaftsforschung hier im Land zu ermöglichen.

Linke

Als Linke sehen wir weiterhin Änderungsbedarf sowohl an dem Brandenburgischen Hochschulgesetz als auch am Universitätsmedizinerrichtungsgesetz. Kern ist dabei die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsrechte und die Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden.

FDP

- Stärkung der Organisationsfreiheit der Hochschulen – Ermöglichung der Erprobung neuer Strukturen (s.o.)
- Stärkere Berücksichtigung der Forschungskomponente als Teil der Grundfinanzierung an Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Fachhochschulen (s.o.)
- Reform des Landeshochschulrates mit breiterer und vielfältigerer Besetzung (s.o.)
- Sonderprogramm Bau (s.o.)
- Möglichkeit zur Einrichtung von Senior-Professuren (s.o.)
- Kräftiger Ausbau der Studieninformation an Gymnasien und Gesamtschulen mit dem Ziel der Gleichwertigkeit zur Berufsorientierung
- Zusammenlegung der Studierendenwerke Potsdam und Frankfurt/Oder mit dem Ziel des Effizienzgewinns
- Finanzielle Stärkung der Studierendenwerke
- Ausbau von Transferzentren zur Schaffung von Workspaces für gründende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierender
- Gründungsprojekte sollen als Grund für Studienunterbrechung und Freisemester anerkannt werden und keine negativen Auswirkungen auf den BAföG-Bezug zur Folge haben.
- Gründung einer Landesstiftung für Wissenschaft (s.o.)
- Ausbau von Stipendien für Landärzte und Lehrpersonen zu Vollstipendien
- Gründung eines Förderwerks Brandenburg – Anbieten von attraktiven Förderprogrammen für

exzellente Studierende, Promovierende, Postdocs und Nachwuchsgruppenleiter

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und Dual Career Service an den Hochschulen mit dem Ziel der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Stärkung der elternunabhängigen Ausbildungsförderung für volljährige Schülerinnen, Schüler und Studierender
- Schaffung innovativer Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu denen jeder Bürger und jede Bürgerin freien Zugang erhält – Bildungsinhalte sollen in Form von „Massive Open Online Courses (MOOCs)“ zur Verfügung gestellt werden

BVB / Freie Wähler

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) für die ca. 50.000 Studenten an Brandenburger Hochschulen ein Semesterticket anbietet, welches den finanziellen Konditionen und dem räumlichen Geltungsbereich des Deutschland-Tickets gleichwertig ist.

Der Bau und die Sanierung von Studentenwohnheimen aus dem Zukunftsinvestitionsfonds ist auch in der Legislaturperiode 2024-2029 fortzusetzen. Zur Abfederung der Mietbelastung für Studenten ist die Auflage eines explizit studentischen Wohngeldprogramms zu prüfen.

Auf Studienrückmeldegebühren ist ab dem Haushaltsjahr 2025 vollständig und ersatzlos zu verzichten und im Landtag ein von den Studierendenvertretungen vorzuschlagender Studierenden-Beauftragter zu etablieren.